

Antrag

der 187. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 24. Mai 2024

Keine Senkung von Lohnnebenkosten!

Ständig wird von Unternehmensseite und Teilen der Politik mit dem Argument der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit eine Senkung der Lohnnebenkosten gefordert.

Bei dieser Argumentation wird aber völlig übersehen, dass es unser Sozialstaat war, der Österreich und seine Wirtschaft, beständig und sicher durch die Krisen der vergangenen Jahre geführt hat (siehe bspw. die Wirtschaftskrise 2008, die COVID-19-Krise), wobei die Unternehmen ständig auch mit hohen staatlichen Förderungen unterstützt wurden und werden. Es sind fast ausschließlich die Lohnnebenkosten, die unseren Sozialstaat finanzieren.

Sozialleistungen haben immer auch einen sogenannten „Investiveffekt“ (Geldleistungen werden für den täglichen Bedarf ausgegeben; Sachleistungen der Krankenversicherung fördern den medizinischen Fortschritt) und ein gut ausgebautes Sozialsystem sichert Kaufkraft und fördert den Gewinn von vielen Unternehmen - und dies sichert wiederum die Wirtschaft und die Lebensqualität.

Dazu kommt noch, dass von den Unternehmer:innen unter dem Begriff der „Lohnnebenkosten“ mehr verstanden wird, als nur die Kosten für das Sozialsystem: nämlich Entgeltbestandteile, die Arbeitnehmer:innen als Gegenleistung für ihre Arbeit erhalten: so zum Beispiel das Urlaubs- und Weihnachtsgeld, der bezahlte fünfwöchige Urlaub, die gesetzliche Abfertigung, die Zuschläge für Überstunden, die Entgeltfortzahlung bei Krankenständen, die Pflegefreistellung für erkrankte Kinder und dergleichen - also alle Entgeltbestandteile, die nicht unmittelbar für eine tatsächlich erbrachte Arbeitsleistung zum Normalstundenlohn bezahlt werden. So verstanden bedeutet eine Lohnnebenkosten-Senkung nichts anderes als eine massive Lohnkürzung.

Und auch keine der bisherigen Lohnnebenkostensenkungen hat dazu geführt, dass Arbeitnehmer:innen mehr Lohn erhalten hätten.

Die 187. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol lehnt daher jegliche Lohnnebenkostensenkung ab, die den gut ausgebauten Sozialstaat gefährdet und für Arbeitnehmer:innen Lohnkürzungen und Sozialabbau zur Folge hat. Außerdem fordert sie den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft auf jegliche Tendenzen in diese Richtung abzulehnen.